

Knappe Einigung bei Gesprächen zu Beamtenbezügen

Am frühen Morgen des 22. August wurde um 01.55 Uhr das Gesprächsergebnis zwischen der Landesregierung und den Verbänden und Gewerkschaften zur Übertragung des Tarifabschlusses 2013/2014 auf die Beamtenbesoldung unterzeichnet (s. Text im bbw). Nach vier außerordentlich schwierigen und langwierigen Besoldungsgesprächen in der Staatskanzlei, bei denen die Vorsitzenden der acht größten dbb-Gewerkschaften (inkl. vlbs, dphv und VBE) als zusätzlicher Beraterstab des dbb im Hintergrund agierten, gibt es nun einen Besoldungskompromiss für 2013/2014. Zuvor stand die Runde mehrfach am Rand des Scheiterns, da die Landesregierung eine erhebliche Drohkulisse aufgebaut hatte. Insbesondere der dbb und seine Mitgliedsgewerkschaften haben durch ihre klare und entschiedene Haltung das maximal Mögliche bei den Gesprächen herausgeholt und weitere besoldungspolitische Grausamkeiten verhindert.

Nachdem der Verfassungsgerichtshof in Münster aufgrund der Klage von CDU, FDP sowie zwei Piraten-Abgeordneten die Besoldungsregelungen samt der beiden Nullrunden verworfen hatte, stellte die rot-grüne Landesregierung die Gewerkschaften nicht vor vollendete Tatsachen wie im vergangenen Jahr, sondern wählte einen anderen Verhandlungsmodus: „Besoldungsgespräche“. Formal wurden „Besoldungsgespräche“ und nicht Besoldungsverhandlungen geführt, da die konkreten Regelungen im Besoldungsgesetz nur vom Landtag beschlossen werden können.

Konkret sieht das vereinbarte Paket eine Besoldungserhöhung für alle ab A 11

für 2013 eine Erhöhung von 1,5% und einen Festbetrag von 30,00 € monatlich und für 2104 eine Erhöhung von 1,5% und einen Festbetrag von 40,00 € monatlich vor.



Wilhelm Schröder,
vlbs-Landesvorsitzender

Wobei für A 11 und A 12 die Auszahlung mit viermonatiger und für A 13 mit achtmonatiger Verzögerung pro Jahr erfolgt.

Die prozentuale Besoldungserhöhung für beide Jahre zusammen variiert nicht nur zwischen den Besoldungsgruppen A 11 bis A 16, sondern erstmals auch innerhalb der Gruppen. So beträgt die Erhöhung zum Beispiel für A 11 in der Erfahrungsstufe 3 5,65% und endet in A 16 Erfahrungsstufe 12 bei 4,10%. Damit nimmt die Landesregierung erstmals eine Abschmelzung innerhalb der in Erfahrungsstufen eingeteilten Besoldungsgruppen vor.

Zielführend war für die Verhandlungsführer des dbb, dass die prozentualen Zuwächse deutlich höher ausfallen als die zunächst von der Landesregierung angebotenen 3,6% und dass sie damit auf Dauer in die Tabellen eingerechnet und wirksam werden.

Von dem jeweiligen Erhöhungsbetrag werden jeweils 0,2% pro Jahr für die Zuführung zur Versorgungsrücklage einbehalten. Dies ergibt sich aus der Regelung im Versorgungsfondsgesetz.

Den dbb-Vertretern ist es gelungen, weitgehend dienst-, besoldungs- und versorgungsrechtliche Grausamkeiten – insbesondere Zahlungsverzögerungen von bis zu einem Jahr – abzuwenden.

Die Landesregierung wollte zunächst an eine Einigung bestimmte Bedingungen knüpfen und dabei im Vorgriff auf die Besoldungsverhandlungen 2015 – 2017 für die Beamtinnen und Beamten generelle, fixe und automatische Abschläge zu den Tarifabschlüssen festlegen, die sich bestenfalls an einem Inflationsausgleich orientierten. Diese Bindung für die Zukunft lehnten alle dbb-Gewerkschaften konsequent ab, da das bis 2017 nicht nur ein grundsätzliches Abkoppeln der Beamtenschaft von der allgemeinen Einkommensentwicklung bedeuten würde, sondern auch zukünftige Tarifverhandlungen ad absurdum geführt hätte. Hinzu kam, dass die Landesregierung gleichzeitig weitere Garantien für diese Zeit konsequent ablehnte. Als ein Erfolg der gewerkschaftlichen Aktivitäten des dbb kann auch angesehen werden, dass die Landesregierung die Beförderungssperre Ende Juli wieder aufgehoben hat.

Am 26. August soll nun auf der Basis der Gesprächsvereinbarungen ein Kabinettsbeschluss zur Besoldungserhöhung für das notwendig gewordene neue Haushaltsnachtragsgesetz erfolgen. Die Beratungen im Parlament werden voraussichtlich am 10. September stattfinden.

Eines ist aber für die Zukunft auf jeden Fall klar:

Die Tarifverhandlungen und die Gespräche zur Übertragung auf den Beamtenbereich werden 2015 sicherlich alles andere als einfach sein. Und dafür brauchen wir verhandlungs- und mitgliederstarke Fachverbände und Gewerkschaften im dbb!

Ihr
Wilhelm Schröder
vlbs Landesvorsitzender